CDU BaWü

Wahlprüfsteine
NABU und BUND

1.) Klimaschutz & Energiewende

Im Klimaschutzabkommen von Paris ist verankert, dass die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt werden soll. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Ziele wissenschaftlich fundiert auf Baden-Württemberg heruntergebrochen und entsprechende Maßnahmen ausgearbeitet werden?

Ja

Die CDU hat dazu bereits ambitionierte, aber auch ausgewogene Ziele im Klimaschutzgesetz definiert. Diese gilt es so schnell wie möglich im Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) des Landes zu verankern.

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen, müssen für deren Errichtung Flächen ausgewiesen werden. Ein Weg ist die konkrete Festschreibung von regionalen Zielen für den naturverträglichen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, für Geothermie und Umwelt-wärme in der Landesentwicklungsplanung. Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode für eine entsprechende Änderung des Landesentwicklungsplans einsetzen?

Ja

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit anderen Entwicklungszielen. Es ist deshalb essenziell, dass die energiepolitische Ausrichtung überregional im Gesamtkontext betrachtet wird.

Die Sonnenenergie ist die konfliktärmste Energieform. Doch die Potentiale für ihre Nutzung sind bei Weitem nicht ausgeschöpft! Wird sich Ihre Partei in der neuen Legislaturperiode für eine Pflicht zur Nutzung der Sonnenenergie bei allen Neubauten sowie bei Dachsanierungen und auf größeren Bestandsparkplätzen einsetzen?

Keine Angabe

Die CDU hat als ersten Schritt eine PV-Pflicht für gewerblichen Neubauten eingeführt. Jetzt wollen wir die damit verbundenen Auswirkungen abwarten und dann entscheiden, wie es weitergeht.

Einem CO2-Preis wird eine große Lenkungswirkung für klimafreundliches Verhalten zugeschrieben. Wird sich Ihre Partei in der neuen Legislaturperiode für die Einführung eines CO2-Schattenpreises von 180 Euro je Tonne CO2 in allen Teilen des Verwaltungshandelns des Landes starkmachen?

Nein

Anstatt eines Schattenpreises als Rechengröße brauchen wir eine echte CO2-Bepreisung, die Lenkungswirkung entfaltet. Die CDU hat auf Bundes-ebene für die Sektoren Wärme und Verkehr bereits echte CO2-Preise einge-führt.

2.) Mobilität & Verkehr

Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, wie es in der Schweiz und anderen europäischen Ländern bereits gilt, würde dazu beitragen, den Verkehrssektor beim Klimaschutz wieder auf die Spur zu bringen, Unfälle zu vermeiden und viele Menschenleben zu retten. Bundesweit könnten laut Umweltbundesamt mit dieser einfachen Maßnahme jährlich 2,6 Mio. Tonnen CO2 eingespart werden. Setzt sich Ihre Partei künftig auf Bundesebene für die Einführung eines einheitlichen Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen ein?

Nein

Die CDU setzt sich für intelligente Tempolimits ein, die sich am Verkehrsaufkommen zur jeweiligen Tageszeit orientieren und sich im Zuge einer voran-schreitenden Digitalisierung verwirklichen lassen. Autobahnen sind die sichersten Straßen in Deutschland. Auf Bundes- und Landstraßen passieren dreimal so viele Unfälle, gemessen am Verkehrsaufkommen. Für den Klimaschutz ist die Umstellung auf klimafreundliche Antriebe oder Treibstoffe wichtiger.

Der Verkehr kann nur dann einen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer höheren Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden erbringen, wenn der motorisierte Individualverkehr zurückgedrängt wird, Flächen umverteilt und Bahnen und Busse sowie der Rad- und Fußverkehr massiv ausgebaut werden. Ein Mittel dies zu erreichen ist die Nahverkehrsabgabe. Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür ein-setzen, die gesetzliche Grundlage für die Einführung einer Nahverkehrsabgabe auf Landesebene zu schaffen?

Nein

Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung für die Finanzierung des ÖPNV. Jeder Steuerzahler finanziert bereits jetzt den ÖPNV mit, selbst wenn er ihn nicht

nutzt. Der Ausbau des ÖPNV ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen.

Ein großes Problem für viele Wildtiere ist die Zerschneidung der Landschaft durch Straßen und Siedlungen. Im Generalwildwegeplan und im Landeskonzept Wiedervernetzung hat das Land rund 40 Schwerpunkte identifiziert, an denen vorrangig Grünbrücken und sonstige Querungshilfen gebaut werden sollen. Wird sich Ihre Partei in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die aus dieser Liste aktuell anstehenden acht bis 12 Projekte rasch umgesetzt werden, an den übrigen zügig Querungshilfen gebaut und die notwendigen Mittel bereit-stehen werden?

Ja

3.) Naturschutz - Erhalten, was uns erhält

In den vergangenen Jahren konnte in Baden-Württemberg viel für den Naturschutz erreicht werden. Dennoch schreitet die Biodiversitätskrise fast ungebremst voran, zu defizitär war die Ausgangslage. Das neue Biodiversitätsstärkungsgesetz kann daran nur etwas ändern, wenn die Landesregierung für seine Umsetzung ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellt. Um unsere natürliche Lebensgrundlage zu erhalten, muss dieser Kurs verstetigt und weiter ausgebaut werden. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den bisherigen Mittelaufwuchs von 6 Mio. Euro pro Jahr im Naturschutzhaushalt fortzusetzen?

Ja

Wir unterstützen grundsätzlich einen Mittelaufwuchs im Naturschutzhaushalt.

Biosphärengebiete sind Modellgebiete für nachhaltige Entwicklung und stärken den ländlichen Raum. Die beiden Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Schwarzwald erleben wirtschaftlich, ökologisch und kulturell eine erfreuliche Entwicklung und sind identitätsstiftend. Wird sich Ihre Partei in der neuen Legislaturperiode für ein weiteres Biosphärengebiet in Baden-Württemberg einsetzen?

Ja

Wir stehen einer weiteren Ausweisung von Naturparks und Biosphärengebieten offen gegenüber.

4.) Landwirtschaft

Mit der Studie „Kulturlandschaft 2030“ haben NABU und BUND mit 13 weiteren Verbänden ein Konzept zur ökologischen Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Förderprogramme vorgelegt. Die Studie errechnete einen Mehrbedarf von 225 Mio. Euro pro Jahr für diesen Bereich. Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung und Aufstockung der landwirtschaftlichen Förderprogramme des Landes geben, die den Zielen und dem Umfang der Studie „Kulturlandschaft 2030“ entspricht?

Ja

Grundsätzlich ja, im Rahmen der von EU und Bund zur Verfügung stehen-den Mittel und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Zur zielorientierten Umsetzung der im Gesetz zur Stärkung der Biodiversität genannten Naturschutzmaßnahmen für den Bereich der Landwirtschaft sind verschiedene Maßnahmen notwendig:

o Refugialflächen: Umsetzung des Refugialflächenkonzeptes auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche durch einen Mix aus Anreiz und Verpflichtung. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Auszahlung von Landesmitteln in der Agrarförderung an die Umsetzung eines Mindestanteils von 5 % Refugialflächen auf dem jeweiligen Betrieb gebunden ist?

Ja

Eine mögliche Erhöhung der Refugialflächen sollte im Einklang mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz umgesetzt werden.

o Streuobst: Werden Sie sich für die Fortschreibung der Streuobstkonzeption und die Weiterentwicklung der bestehenden Förderungen einsetzen, um Anreize zum Erhalt und zur Bewirtschaftung der bestehenden Streuobstbestände zu schaffen?

Ja

Die Streuobstkonzeption erachten wir als wichtiges Thema, auch um die regionalen Kulturlandschaften wie auch die regionale Landwirtschaft zu stärken.

o Ökolandbau: Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln in Baden-Württemberg. Wer-den Sie sich dafür einsetzen, dass das Land hier mit gutem Bei-spiel vorangeht und eigene Flächen auf Bio umstellt und sich verpflichtet, den Anteil an regional biologischen Produkten in

den eigenen Kantinen, an den Schulen und den Einrichtungen des Landes bis zum Ende der Legislaturperiode auf 50 % zu erhöhen?

Ja

Hier streben wir eine Fortsetzung der bereits bestehenden, vielfältigen An-sätze in Baden-Württemberg an. Dabei kommt es für die Kantinen und Schulen entscheidend auf die Praxistauglichkeit an.

Wie sieht eine zukunftsfähige, naturverträgliche Landwirtschaft in Baden-Württemberg aus? Eine erste Antwort darauf gab das Biodiversitätsstärkungsgesetz. Für einen neuen, gesellschaftlichen Grundkonsens über die Zukunft der Landwirtschaft und unseres Ernährungssystems muss der gestartete Dialog fortgeführt werden. Wird sich ihre Partei in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, den Austausch zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Verbraucher/-innen und dem Lebensmitteleinzelhandel zu einem echten Zukunftsdialog mit konkreten Ergebnissen weiterzuentwickeln?

Ja

Die etablierten Plattformen wie der Kulturlandschaftsbeirat und das Dialogforum Landwirtschaft und Naturschutz sollen auch in der kommenden Legislatur fortgeführt werden.

5.) Wald & Forstwirtschaft

Unsere Wälder leiden zunehmend unter den Folgen des Klimawandels. Wälder ohne menschliche Bewirtschaftung wirken als eine Art Reallabor und können wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Bewirtschaftung liefern. Für viele bedrohte Arten des Waldes sind diese Naturwälder unverzichtbare Lebensräume. Werden Sie das Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie, mindestens fünf Prozent der Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, auch in Baden-Württemberg umsetzen?

Ja

Mit dem Alt- und Totholzkonzept sowie der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ist die Ausweisung von Prozessschutzflächen bereits jetzt in programmatischen Vorgaben für den Staatswald verankert.